

Bahnhof Wiesbaden-Igstadt
Modernisierung der Verkehrsstation
Strecke 3501 Wiesbaden-Niedernhausen
Bahn-km 9,009-9,422

Landschaftspflegerischer Begleitplan



Hermannröder Str. 19a
37249 Neu-Eichenberg

Lisa Breitenstein M.Sc.

1. Oktober 2020

Auftraggeber:

DB Station&Service AG
Planung Hessen
Weilburger Str. 22
60326 Frankfurt a. Main

Inhaltsverzeichnis

1.	Anlass und Aufgabenstellung	1
2.	Beschreibung des Vorhabens	1
3.	Beschreibung der Umwelt im Einwirkungsbereich des Vorhabens	2
3.1	Lage und übergeordnete Bedeutung des Untersuchungsraums	2
3.2	Fläche	3
3.3	Boden	3
3.4	Wasser.....	3
3.5	Luft und Klima	3
3.6	Landschaftsbild und Erholung	3
3.7	Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	3
4.	Wirkungen des Vorhabens auf Natur und Landschaft.....	8
4.1	Fläche	9
4.2	Boden	9
4.3	Wasser.....	9
4.4	Luft und Klima	10
4.5	Landschaft	10
4.6	Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt	10
5.	Landschaftspflegerische Maßnahmen	12
5.1	Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen.....	12
5.2	Kompensationsbedarf/ -maßnahmen	14
6.	Fazit	15
7.	Literaturverzeichnis	16
8.	Maßnahmenkartei	17

Abbildungsverzeichnis

Abb 1: Lageplan Variante 1b (ILF CONSULTING ENGINEERS AUSTRIA GMBH 2019b).	2
Abb 2: Lage des Bahnhofs (GOOGLE EARTH).....	2
Abb 3: Detailbiotopkartierung mit BE-Flächen und Bahngrenzen (vgl. Tab. 1).....	4
Abb 4: Blick auf bestehenden Reisendenübergang im Süden des Bahnsteiges (P.B.M. 2019)	5
Abb 5: Blick auf den Bahnhof; Blickrichtung Norden (P.B.M. 2019)	6
Abb 6: BE-Fläche im Kleingartenbereich östlich des Bahnhofs (P.B.M. 2019).....	6
Abb 7: Blick auf die bahnbegleitende Gebüsche östlich des Bahnhofs (P.B.M. 2019)	7
Abb 8: Blick auf den Bereich der BE-Fläche im Westen des Bahnhofs (P.B.M. 2019).....	7
Abb 9: Blick auf BE-Fläche östlich des Bahnhofs (P.B.M. 2019).....	8
Abb 10: Zulässige Rückschnittzonen gemäß DB-Richtlinie Landschaftspflege (DB NETZ AG 2019).....	11

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Detailbiotopkartierung im Untersuchungsgebiet.	4
--	---

1. ANLASS UND AUFGABENSTELLUNG

Die DB Station & Service AG plant die Modernisierung der Verkehrsstation des Bahnhofs Wiesbaden-Igstadt auf der zweigleisigen, nicht elektrifizierten Strecke 3501 bei km 9,009-9,422 in Igstadt, Wiesbaden (Hessen), da dieser der Barrierefreiheit hingehend angepasst wird.

In den folgenden Ausführungen werden im Sinne der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung die zu erwartenden Wirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter dargestellt und Aussagen zu möglicherweise betroffenen Arten getroffen.

2. BESCHREIBUNG DES VORHABENS

Die DB Station & Service AG plant die Modernisierung der Verkehrsstation des Bahnhofs Wiesbaden-Igstadt auf der zweigleisigen, nicht elektrifizierten Strecke 3501 bei km 9,009-9,422 in Igstadt, Wiesbaden (Hessen).

Im Rahmen des gegenständlichen Projekts sind der Neubau des Mittelbahnsteigs mit barrierefreien Zugängen mit nachfolgenden Maßnahmen geplant. Die Ausstattung erfolgt entsprechend der Bahnhofskategorie 6.

- Rückbau und Neubau des Mittelbahnsteiges mit einer Nutzlänge von 140m und einer Nennhöhe von 76cm ü SO,
- Rückbau des Hausbahnsteiges,
- Barrierefreie Erschließung des Mittelbahnsteiges durch eine Rampenanlage von der Hinterbergstraße aus,
- Barrierefreie Zuwegung von der Bornstraße,
- Treppenanlage an der Hinterbergstraße,
- Errichtung von zwei schienengleichen Reisendenüberwegen,
- Neubau einer Bike&Ride-Anlage,
- Neubau von Wetterschutzeinrichtungen,
- Neubau taktiles Wegeleitsystem und Bahnsteigausstattung,
- Rückbau und Neubau der Stromversorgung und Beleuchtungsanlagen,
- Gleisverschwenkung aufgrund notw. Breite des Mittelbahnsteiges (**ILF CONSULTING ENGINEERS AUSTRIA GMBH 2019a**).

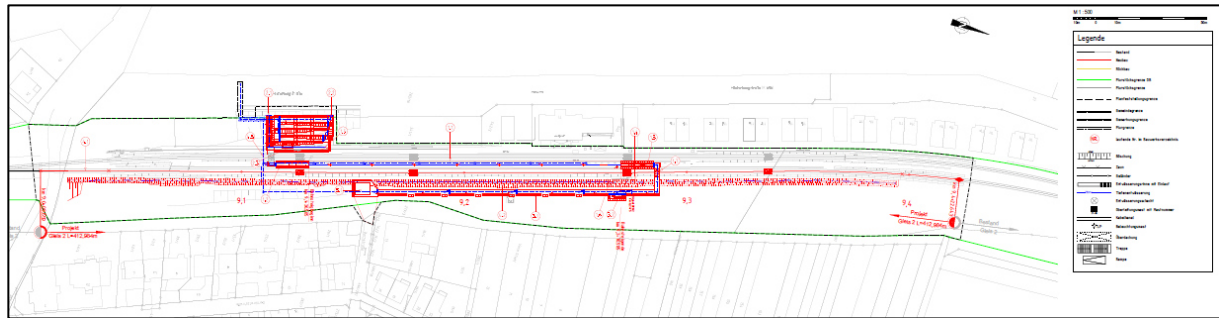


Abb 1: Lageplan Variante 1b (ILF CONSULTING ENGINEERS AUSTRIA GMBH 2020).

Es wird von einem **Baubeginn im Jahr 2022** ausgegangen.

3. BESCHREIBUNG DER UMWELT IM EINWIRKUNGSBEREICH DES VORHABENS

3.1 Lage und übergeordnete Bedeutung des Untersuchungsraums

Der rd. 3 ha große Untersuchungsraum liegt auf der nicht elektrifizierten Bahnstrecke 3501 bei Bahn-km 9,130-9,270 in Hessen, östlich der Landeshauptstadt Wiesbaden, im Ortsbezirk Igstadt.



Abb 2: Lage des Bahnhofs (GOOGLE EARTH)

Es findet keine Überlagerung des Untersuchungsgebiets mit Naturdenkmälen, Schutzgebieten oder geschützten Landschaftsbestandteilen statt. Nordöstlich des UR befindet sich das Landschaftsschutzgebiet Wiesbaden (Nr. 2414001). Dies ist von dem Vorhaben nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen.

3.2 Fläche

Im Zuge der Baumaßnahme kommt es insgesamt zu einer vorübergehenden Inanspruchnahme vom rd. 2.000 m² unversiegelter Fläche. Eine kleine BE-Fläche befindet sich zwischen Gleis 1 und der Hinterbergstraße auf unversiegelter Fläche. Ebenso auf unversiegelter Fläche befindet sich die große BE-Fläche mit rd. 1000 m² östlich von Gleis 1. Die Zuwegung erfolgt über die versiegelten Straßen Hinterbergstraße und Bornstraße. Eine weitere Baustraße für den Ausbau der östlich gelegenen Rampe befindet sich mit rd. 800 m² im Bereich der Obstbäume und Böschungsvegetation.

3.3 Boden

Die Böden im Bereich des Bahnhofes und der beplanten Flächen sind stark anthropogen überprägt und größtenteils versiegelt bzw. teilversiegelt. Im BodenViewer Hessen sind die Böden nicht bewertet oder typisiert. Der Boden im Bereich des Vorhabens gehört überwiegend zur Bodenart Lehm. Es liegt keine Bodenfunktionsbewertung für den gesamten Bereich vor (HLNUG 2017), eine geringe Bedeutung des Schutzgutes wird daher angenommen.

3.4 Wasser

Im UR befinden sich keine Wasserschutzgebiete oder Heilquellenschutzgebiete (HLNUG 2017a). Das Vorhaben befindet sich außerhalb von Überschwemmungsgebieten und in näherer Umgebung sind keine Oberflächengewässer vorhanden. Dementsprechend ist nicht von einer Beeinträchtigung für das Schutzgut Wasser auszugehen.

3.5 Luft und Klima

Das Klima im Vorhabenbereich ist warm gemäßigt; das Jahresmittel der Temperatur beträgt 9,6°C und der jährliche Niederschlag im Mittel 562 mm (IMPRINT). Die Flächen um das Vorhaben und die Verkehrsstation sind stark anthropogen überformt und werden daher nicht als wichtige klimawirksame Bereiche eingestuft. Aufgrund der innerstädtischen Lage am Bahnhof und anderen Verkehrswegen in direkter Umgebung ist von einer Vorbelastung durch Luftschadstoffen auszugehen.

3.6 Landschaftsbild und Erholung

Das Landschaftsbild im direkten Nahbereich des Vorhabens ist beidseitig durch die Bahn anthropogen überformt und durch den Verlauf des Schienenweges, sowie Gebäude und Straßen vorbelastet. Auf der anderen Seite weisen die Baumgruppe und angrenzende Streuobstwiese im Norden eine hohe Bedeutung für das Landschaftsbild auf. Da sich das Vorhaben auf den Bereich der Bahnanlage und die angrenzenden anthropogen überprägten Strukturen beschränkt und keine Höhenentwicklung entfaltet, ist das Vorhaben kaum landschaftsbildrelevant. Eine Sichtbeziehung zum Bahnhofsbereich besteht auf der Ostseite aufgrund der Vegetation ohnehin nicht.

3.7 Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt

Biotope

Das Baufeld und der umgebende Untersuchungsraum wurden am 16.05.2019 begangen und unter Berücksichtigung der Hessischen Kompensationsverordnung (KV 2018) einem Biotop- bzw. Nutzungstyp zugeordnet. Angaben zu vorkommenden Arten im Untersuchungsraum ergeben sich aus den vorgefundenen Biotopstrukturen innerhalb des Untersuchungsraumes. Nähere Informationen sind dem Fachbeitrag zum Artenschutz zu entnehmen (P.B.M. 2019a).

Im Untersuchungsraum befinden zumeist versiegelte und teilversiegelte Flächen im Bereich der Straßen (10.510) nördlich und südlich der Bahnlinie, ebenso die Bahnsteige (10.510), sowie auch die Bahnlinie im Schotterbett (10.530). Westlich der Bahn befinden sich kleine Grundstücke und Gärten (11.211, 11.221) und Wohngebäude (10.710). Östlich der Gleise befinden sich ebenso Gebäude mit Gärten, sowie Kleingartenähnliche Bereiche. Nordöstlich grenzt dann der Bereich von bahnbegleitender, geradliniger Gebüschvegetation an. Hierfür wurde der Biotoptyp „Neupflanzung von Hecken/Gebüschern straßenbegleitend etc., nicht auf Mittelstreifen“ erwählt, da dieser dem Bestand am Nächsten kommt und der hessischen Kompensationsverordnung kein ähnlicher Biotoptyp für Bestand zu entnehmen ist. Dieser Bereich geht anschließend in eine Gebüschvegetation mit jungen Gehölzen und Baumhecken (02.200 (B)) über.

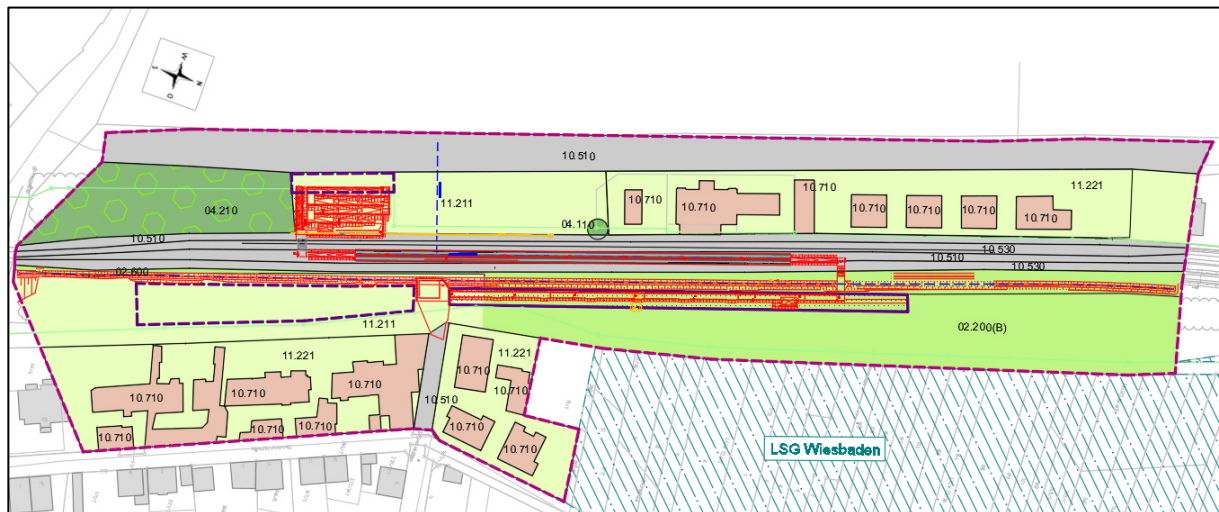


Abb 3: Detailbiotopkartierung mit BE-Flächen und Bahngrenzen (vgl. Tab. 1)

In Tab. 1 und Abb. 4 bis Abb. 9 sind die vorhandenen Biototypen dargestellt.

Tabelle 1: Detailbiotopkartierung im Untersuchungsgebiet.

Typ-Nr. KV	Standard-Nutzungstyp KV	Fläche in m²	WP/m²
02.200 (B)	Gebüsche, Hecken, Säume	4.870	39
02.600	Neuanlage Gebüsche, Hecken, Säume, straßenbegleitend	1.730	20
04.110	Einzelbaum, einheimisch, standortgerecht, Obstbaum	30	34
04.210	Baumgruppe, einheimisch, standortgerecht, Obstbäume	1.650	34
10.510	Völlig versiegelte Fläche	5.800	3

10.530	Schotter-, Kies- u. Sandflächen, -wege, -plätze oder andere wasserdurchlässige Flächenbefestigung sowie versiegelte Flächen, deren Wasserabfluss gezielt versickert wird, inkl. Gleisanlagen im Schotterbett	2.200	6
10.710	Dachfläche nicht begrünt	3.200	3
11.211	Grabeland, Gärten in der Landschaft, kleinere Grundstücke, meist nicht gewerbsmäßig genutzt	5.130	19
11.221	Gärtnerisch gepflegte Anlagen, Hausgärten	5.500	14



Abb 4: Blick auf bestehenden Reisendenübergang im Süden des Bahnsteiges (P.B.M. 2019)



Abb 5: Blick auf den Bahnhof; Blickrichtung Norden (P.B.M. 2019)



Abb 6: BE-Fläche im Kleingartenbereich östlich des Bahnhofs (P.B.M. 2019)



Abb 7: Blick auf die bahnbegleitenden Gebüschse östlich des Bahnhofs (P.B.M. 2019)



Abb 8: Blick auf den Bereich der BE-Fläche im Westen des Bahnhofs (P.B.M. 2019)



Abb 9: Blick auf BE-Fläche östlich des Bahnhofs (P.B.M. 2019)

Fauna

Im Planungsraum wurde eine Faunakartierung durchgeführt, nähere Informationen sind dem Beitrag der Kartierung zu entnehmen (P.B.M. 2019b). Es wurden zudem allgemein verfügbare Datengrundlagen für den Bereich ausgewertet. Angaben zur Beurteilung von möglichen Vorkommen planungsrelevanter Arten/ -gruppen beruhen auf Datenrecherche, mehrerer Begehungen im Sommer 2019 und auf der fachlichen Einschätzung anhand der vorgefundenen Biotope.

Vor Ort konnten keine Reptilien nachgewiesen werden. Die Beobachtungen von „Eidechsen“, die einem Kartierer von einer Anwohnerin mitgeteilt wurden, sind jedoch glaubwürdig. Die Angabe bezieht sich auf die Kleingärten in Höhe der geplanten Rampe, doch ist eine weitere Verbreitung entlang der Gleise nach Norden zu erwarten.

Das Vorkommen der meisten streng geschützten Tier- und Pflanzenarten kann aufgrund ihrer Verbreitung in Hessen im Allgemeinen und ihrer Lebensraumansprüche im Besonderen im Umfeld der EÜ mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden. Es sind wenige „europäische Vogelarten“ in dem Bereich zu erwarten.

Weitere Informationen sind auch dem den Planungsunterlagen beiliegenden Fachbeitrag zum Artenschutz zu entnehmen (P.B.M. 2019a).

4. WIRKUNGEN DES VORHABENS AUF NATUR UND LANDSCHAFT

Nachfolgend wird dargestellt, in welchem Umfang und in welcher Intensität die vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen den Naturhaushalt und das Landschaftsbild beeinträchtigen.

4.1 Fläche

Im Zuge der Baumaßnahme kommt es insgesamt zu einer vorrübergehenden Inanspruchnahme vom rd. 2.000 m² unversiegelter Fläche. Eine kleine BE-Fläche befindet sich zwischen Gleis 1 und der Hinterbergstraße auf unversiegelter Fläche. Ebenso auf unversiegelter Fläche befindet sich die große BE-Fläche mit rd. 1.000 m² östlich von Gleis 2. Die Zuwegung erfolgt über die versiegelten Straßen Hinterbergstraße und Bornstraße. Eine weitere Baustraße für den Ausbau der östlich gelegenen Rampe befindet sich mit rd. 800 m² im Bereich der Böschungsvegetation im Nordosten des UR.

Eine anlagebedingte Flächenversiegelung von rd. 2.800 m² findet im Bereich des Neubaus von Gleis 2 statt, dieses wird aufgrund des Ausbaus des Mittelbahnsteiges in östliche Richtung verlegt. Des Weiteren finden neue Versiegelungen im Bereich der Rampe, der Treppe und der Bike&Ride Station statt. Diese werden als Neubau im Bereich der Gärten in der Landschaft und den bahnbegleitenden Gebüschstrukturen gebaut.

4.2 Boden

Im Rahmen der Baumaßnahme kommt es durch die BE-Flächen und der Baustraße zu einer baubedingten Inanspruchnahme von rd. 2.000 m² unbefestigter Flächen. Die Böden im Nahbereich der Gleisanlage weisen keine hohe Wertigkeit auf, da sie sich in einem anthropogen überprägten Bereich befinden. Dennoch ist das Schutzgut Boden vor Einwirkungen der Baumaßnahme zu schützen. Um eine Beeinträchtigung des Bodens auf den unbefestigten Flächen zu vermeiden, sind Bodenschutzmaßnahmen nach aktuellen Regelwerken erforderlich (**Maßnahme 002_V**). Bei Einhaltung der Vermeidungsmaßnahmen sind keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten.

Zudem findet durch den Bau der Treppe, der Rampen und den Ausbau von Gleis 2 eine anlagebedingte Flächenversiegelung statt. Die rd. 1.760 m² für den Bereich des neuen Gleis 2 werden teilversiegelt, die Bereiche Treppe (rd. 40 m²), Rampen (rd. 820 m²) und Bike&Ride Station (rd. 150 m²) werden vollversiegelt. Eine Entsiegelung von Fläche ist im Nahbereich seitens der DB nicht möglich. Auch eine interne Fläche herzurichten, um einen Teil des Defizits auszugleichen, kommt für dieses Projekt nicht in Frage. Das hier entstehende Wertpunktedefizit wird dementsprechend durch die **Maßnahme 005_ÖK** ausgeglichen.

4.3 Wasser

Bei Einhaltung der gängigen technischen Umweltstandards in Bezug auf die Vermeidung von Gewässerverunreinigung sind sowohl bau- als auch anlagebedingt keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser zu erwarten. Die Verwendung von wassergefährdenden Stoffen untersagt, bei den anstehenden Arbeiten mit Beton ist unbedingt auf eine Betonspülung in dafür vorgesehene Behältnisse zu achten. Die Betankung von Fahrzeugen ist ebenso in den dafür vorgesehenen Flächen durchzuführen. Bei austreten von Kraftstoff und dem damit einhergehenden Kontakt zum Boden sind Bindemittel vorzuhalten.

4.4 Luft und Klima

Aufgrund der Vorbelastung der angrenzenden Hauptstraßen, sowie der zweigleisigen Bahnlinie und dem Charakter der geplanten Maßnahme, besteht bau- und anlagebedingt keine erhebliche Beeinträchtigung. Betriebsbedingt sind ebenfalls keine wesentlichen Änderungen erkennbar.

4.5 Landschaft

Aufgrund der Vorbelastung durch die Bahnanlage und die Verkehrsstraßen im Vorhabenbereich besteht unter Berücksichtigung des Charakters des Bauvorhabens keine Beeinträchtigung für das Landschaftsbild. Es handelt sich um eine Erweiterung der Bahnhofsanlage, welche durch die hohe Gebüschvegetation ohnehin von der östlichen Siedlung ausgegrenzt wird und es somit zu keiner erheblichen Veränderung des Landschaftsbildes kommt. Durch die relativ kurze Bauzeit von rd. 3 Monaten sind keine erheblichen, langanhaltenden akustischen Beeinträchtigungen der angrenzenden Landschaftsräume zu erwarten, zumal die Bahnstrecke bereits durch eine dauerhafte Lärmvorbelastung geprägt ist. Es wird u.A. darauf geachtet, dass in Nahbereich der Wohnbebauung keine Geräte mit laufenden Motoren abgestellt werden. Bei erheblichen Überschreitungen können im Rahmen der Genehmigung Grenzwerte benannt werden, oberhalb derer betroffenen Eigentümern Anspruch auf Entschädigung zusteht.

4.6 Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt

Bei der Bewertung der bau- und anlagebedingten Wirkungen ist zu berücksichtigen, dass Vegetationsbeseitigungen, die zur Erhaltung der Betriebssicherheit der Eisenbahnen (Bahnanlagen) oder im Rahmen von Unterhalts- bzw. Instandsetzungsmaßnahmen notwendig sind, gemäß Umwelt-Leitfaden des EISENBAHN-BUNDESAMTES (2010) nicht als Eingriff gewertet werden müssen, da gemäß eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 22.11.2000 „diejenige Vegetation ohne Anwendung der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung entfernt werden kann, die sicherheitsrelevant ist“ und „es keinen Unterschied machen kann, ob der Vorhabenträger sogenannte Spontanvegetation im Bereich seiner Betriebsanlage sanktionslos vor Beginn des Änderungsbauvorhabens oder in dessen zeitlichem und organisatorischen Rahmen beseitigt“ (ebd.: 27; vgl. BVERWG, 22.11.2000, 11 A 4.00).

Der sicherheitsrelevante Bereich umfasst gemäß DB-Richtlinie Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle (DB NETZ AG 2019) die Bereiche im Gleis und am Gleis. Der Bereich im Gleis umfasst den Bereich des Oberbaus mit Schienen, Schwellen, Schotterkörper und Randwegen. Hier werden überwiegend chemische Verfahren zur notwendigen Reduzierung des Pflanzenbewuchses eingesetzt, um den sicheren Betrieb zu gewährleisten. Der Bereich am Gleis schließt sich direkt an den Randweg an. Er untergliedert sich in eine Rückschnittzone und gegebenenfalls in eine Stabilisierungszone. Hier kommen ausschließlich mechanische Verfahren zur Gewährleistung des sicheren Eisenbahnbetriebes zur Anwendung.

In der Rückschnittzone (mind. 6 m ab Gleismitte des äußersten Gleises) kann die (Gehölz-) Vegetation aus sicherheitstechnischen Gründen im Rahmen der Instandhaltung durch mechanische Verfahren komplett zurückgenommen werden. Die Rückschnittzone ergibt sich

aus dem geschwindigkeitsabhängigen Sicherheitsraum (3,0 m bis 100 km/h, 3,8 m bis 300 km/h, 4,2 m bei 160 mm Gleisüberhöhung ab 160 km/h), der als Ausweichgelegenheit für Personen dient, die sich im Gleisbereich aufhalten müssen bzw. als Flucht- und Rettungswege, und einem Wachstumszuschlag von rd. 3 m um zu verhindern, dass die Sicherheitsräume gleich wieder zuwachsen.

Hinzu kommen ggf. weitere spezifische Sicherheitsabstände von beispielsweise Entwässerungsanlagen (wie Bahnseitengräben etc.), elektrischen Anlagen (wie Oberleitungsmasten etc.) sowie Erd- und Ingenieurbauwerken (wie Durchlässe, Brücken etc.) (Abb. 10). So ist beispielsweise die Beseitigung von beeinträchtigender Vegetation zur Sichtkontrolle (Prüfung auf eventuelle Mängel) von Erd- und Ingenieurbauwerken, sofern erforderlich, im Rahmen der Unterhaltungspflege gemäß DB-Richtlinie Landschaftspflege zulässig und nicht als Eingriff zu werten (Ausdehnung nach Erfordernis). In einem Umkreis von 2,5 m, gemessen vom Standort eines Oberleitungsmastes (Masthinterkante), dürfen zudem keine Bäume mit ihren Ästen oder Sträucher hineinragen. Auch muss beiderseits von unterirdischen Kabel- und Rohrleitungstrassen mit Gehölzen ein Mindestabstand von 2 m eingehalten werden. Weiterhin sind Bahnseitengräben frei von Ablagerungen (insbesondere Ast- und Blattwerk) sowie Verunkrautungen und Gehölzbewuchs (auch eindringende Wurzeln) zu halten, um den Wasserabfluss zu gewährleisten (DB NETZ AG 2019).

In der sich der Rückschnittzone anschließenden Stabilisierungszone sind Gehölze dauerhaft erlaubt, solange sie nicht die Verkehrssicherheit gefährden (ebd.).

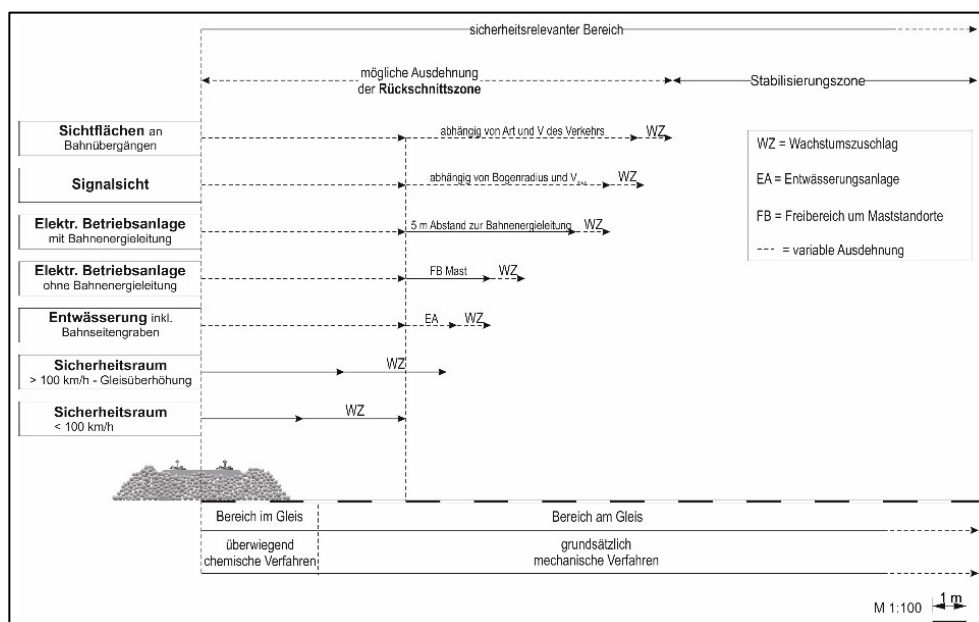


Abb 10: Zulässige Rückschnittzonen gemäß DB-Richtlinie Landschaftspflege (DB NETZ AG 2019)

Im vorliegenden Fall ergibt sich daraus eine eingriffsfreie Vegetationsbeseitigung im Abstand von 6 m ab der Gleismitte des äußeren Gleises (Geschwindigkeit hier bis 90 km/h). In diesem Fall handelt es sich jedoch um großflächige Rodungsarbeiten und keine Rückschnitts-

arbeiten im Bereich der Fahrbahnsicherung, weshalb der eingriffsfreie Bereich für dieses Projekt entfällt.

Im Bereich der BE-Flächen und der Baustraße kommt es somit zu einem Vegetationsverlust von rd. 4.900 m². Dieser Verlust ist durch eine Ausgleichspflanzung (**Maßnahme 005_A**) und die Einzahlung in ein Ökokonto (**Maßnahme 006_ÖK**) auszugleichen.

Um die eventuell in den randlichen Böschungen brütenden Vögel durch die Rückschnittarbeiten nicht zu beeinträchtigen, werden diese in den gesetzlich vorgeschriebenen Rückschnittzeiten § 39 (5) BNatSchG außerhalb der Zeit vom 1. März bis 30. September durchgeführt (**Maßnahme 001_VA**).

Durch das der Anwohnerin nachgewiesene Vorkommen von Eidechsen sind diesbezügliche artenschutzrechtliche Maßnahmen zu treffen. Die eigentliche Bauzeit fällt in die Sommermonate, sodass weiterhin gewährleistet ist, dass die Eidechsen den Störreizen aktiv ausweichen können. Dies gilt jedoch nicht für den Kleingartenbereich, weil die angrenzenden Scherrasenbereiche und rückseitigen Hausgrundstücke keinen adäquaten Lebensraum bieten. Hier sind baubegleitend durch eine umweltfachliche Bauüberwachung der Fang der Eidechsen und ihre Umsetzung in den nördlich gelegenen Streuobstkomplex vorgesehen, weil dort geeignete Saumstrukturen vorkommen (**Maßnahme 004_VA**).

Zum Schutz vor unerlaubtem Befahren und eventuellen Beschädigungen der außerhalb der Baubereiche liegenden Vegetation, sind die BE-Flächen, sowie die Baustraße durch einen Biotopschutzzaun vom Vorhabenbereich auszugrenzen (**Maßnahme 003_V**).

Eine Ausnahmeprüfung gemäß § 45 Abs. 7 BNatSchG ist beim derzeitigen Kenntnisstand nicht erforderlich.

5. LANDSCHAFTSPFLEGERISCHE MAßNAHMEN

5.1 Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen

Aufgrund der bestehenden Standards werden auf der Baustelle folgende Minderungsmaßnahmen durchgeführt:

- Zur Minimierung von Baulärm, Abgasen und sonstigen Schadstoffen kommen Fahrzeuge und Maschinen zum Einsatz, die dem aktuellen Stand der Technik entsprechen.
- Baufahrzeuge und Baumaschinen sind regelmäßig zu warten und auf Leckagen zu kontrollieren. Auftretende Bodenverunreinigungen sind unverzüglich zu entfernen.
- Um die Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes so gering wie möglich zu halten, ist die Flächeninanspruchnahme flächensparend und flächenschonend durchzuführen.
- Es dürfen keine wassergefährdenden Stoffe in Oberflächengewässer oder das Grundwasser gelangen. Baufahrzeuge und Baumaschinen müssen deshalb regelmäßig gewartet und auf Leckagen kontrolliert werden. Ölbindemittel und Gewässersperren sind vorzuhalten. Auftretende Bodenverunreinigungen werden unverzüglich entfernt.

- Die Betankung und Befüllung von Maschinen und Geräten ist ausschließlich mit Unterlage von Auffangwanne und in den dafür vorgesehenen Flächen innerhalb der Baustelle zulässig.
- Sobald größere Mengen verschüttet worden sind (mehr als tropfenartiges Verkleckern) wie z.B. durch Umkippen eines Kanisters, ist die Ursache des Verschüttens sofort abzustellen, die Verunreinigung auszubauen bzw. die Ausbreitung zu verhindern. Des Weiteren sind sofort die Bauüberwachung und Projektleitung zu informieren. Sollten die Stoffe in sensible Bereiche gelangt sein, sind ggf. außerdem Feuerwehr (sofort) und Naturschutzbehörde/ Wasserschutzbehörde/ Bodenschutzbehörde zu informieren.
- Bei Arbeiten mit größeren Mengen Beton ist eine Betonspülung zu integrieren. Für die Spülung können etwa wannenförmige Gruben mit Folie unterlegt werden, oder auf befestigten Flächen, wo keine Schaffung einer Mulde möglich ist, durch einen mit Folie überspannten Holzrahmen erbaut werden.
- Die Vorschriften der DIN 18.300 „Erdarbeiten“, DIN 18.915 „Vegetationstechniken im Landschaftsbau – Bodenarbeiten“, DIN 18.916 „Vegetationstechniken im Landschaftsbau – Pflanzen und Pflanzarbeiten“, DIN 18.917 „Vegetationstechniken im Landschaftsbau – Rasen und Saatarbeiten“ und DIN 19.731 „Verwertung von Bodenmaterial“ sind zu beachten.

Die darüberhinausgehenden Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen, die sich von den vorhabenspezifischen Konflikten ableiten, werden im Folgenden aufgelistet und beschrieben.

Maßnahme 001_VA: Einhaltung der gesetzlichen Rückschnittzeiten (s. Maßnahmenblatt 001_VA)

Um durch die ggf. notwendigen Gehölzrückschnitte die eventuell darin brütenden Vögel nicht zu beeinträchtigen und keinen Verbotstatbestand nach §44 BNatSchG auszulösen, sind die Rückschnittarbeiten gemäß § 39 (5) BNatSchG in der Zeit zwischen Anfang Oktober und Ende Februar durchzuführen. Dies gilt für den gesamten Baubereich. Das anfallende Schnittgut ist ebenfalls innerhalb dieses Zeitraums zu entfernen um eventuelle Vogelbruten darin zu vermeiden.

Maßnahme 002_V: Bauzeitlicher Bodenschutz (s. Maßnahmenblatt 002_V)

Es werden unbefestigte Flächen in den Bahnrandbereichen vorübergehend beansprucht. Hierfür wird der Oberboden abgeschoben. Der abgeschobene Oberboden ist zu bergen, seitlich getrennt in Trapezmieten zu lagern (max. 2 m hoch und 6 m Sohlbreite) und nach Ende der Baumaßnahme wieder einzubauen. Die Bereiche der BE-Flächen sind nach Abschieben des Oberbodens über Geotextil zu schottern. Die Befahrung der Baustraße erfolgt über Baggermatten. Alle betroffenen Flächen sind nach Beendigung der Arbeiten zu rekultivieren, dies beinhaltet einen rückstandslosen Rückbau und soweit erforderlich Tiefenlockerung. Zum Schutz der heimischen Vegetation, sowie der vorhandenen Bodenstrukturen, darf kein Fremdmaterial eingebracht werden. Die Verordnungen der DIN 18.300 „Erdarbeiten“ und der DIN 19.731 „Verwendung von Bodenmaterial“ sind zu beachten.

Maßnahme 003_V: Schutz angrenzender Gehölze (s. Maßnahmenblatt 003_V)

Um das Befahren und eine damit einhergehende potentielle Beschädigung der angrenzenden Flächen zu verhindern, werden die BE-Flächen und die Baustraße durch einen Biotopschutzzaun eingefasst. Dieser ist auf einer Länge von rd. 250 m (und einem Abstand von 2,50 m zum Gehölz) entlang der beanspruchten Flächen hin zur Bestandsvegetation zu errichten. Die DIN 18.920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ und die RAS-LP 4 „Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen“ sind zu beachten.

Maßnahme 004_VA: Umweltfachliche Bauüberwachung (s. Maßnahmenblatt 004_VA)

Während der Vorbereitung und Durchführung des Bauprozesses ist eine umweltfachliche Bauüberwachung (UBÜ) vorgesehen. Die Aufgaben der UBÜ sind insbesondere die Überwachung der Einhaltung aller Bestimmungen der Genehmigungsunterlagen, der allgemein anerkannten Regeln der Technik, der Einhaltung der Umweltgesetzgebung sowie der baulichen Übereinstimmung mit den Ausführungsplänen und dem Leistungsverzeichnis des Bau-Auftragnehmers. Seitens der UBÜ sind regelmäßige Kontrollen des Baufelds, zur Sicherstellung der Einhaltung des Eingriffsbereiches durchzuführen und zu dokumentieren. Aus artenschutzrechtlicher Sicht ist seitens der UBÜ sicherzustellen, dass während der Bauzeit keine Reptilien zu Schaden kommen und diese baubegleitend abgesammelt und in die nördlich gelegene Streuobstwiese gesetzt werden. Die Baustellenarbeiter werden vor Baubeginn und während der Bauzeit von der umweltfachlichen Bauüberwachung in die speziellen artenschutzrechtlichen und umwelttechnischen Vorgaben eingewiesen.

5.2 Kompensationsbedarf/ -maßnahmen

Da es im Zuge der Baumaßnahme zu Vegetationsbeseitigungen und dauerhaften Versiegelungen kommt, entsteht in der Ausgleichsberechnung der Kompensationsverordnung ein Wertpunktedefizit, welches durch folgende Maßnahmen auszugleichen ist.

Maßnahme 005_A: Wiederherstellung beanspruchter Vegetation (s. Maßnahmenblatt 004_A)

Im Zuge der Baumaßnahme kommt es zur Beseitigung von rd. 4.900 m² Vegetation. Im Bereich des Biototyps 11.211 können rd. 1.070 m² (BE-Fläche Ost 1.000 m² und Anfang der Baustraße 70 m²) durch eine Ansaat wiederhergestellt werden. Der Zielbiototyp ist hier gleich dem Ausgangsbiotop 11.211. Die Bereiche die nicht durch die Ansaat wiederhergestellt werden können, unterliegen der anlagebedingten Versiegelung.

Für die restlichen rd. 350 m² im Bereich der östlichen Baustraße ist das Zielbiotop 02.400 vorgesehen. Hier empfehlen sich Haselnuss (*Corylus avellana*), Liguster (*Ligustrum vulgare*) und Holunder (*Sambucus racemosa*, *Sambucus nigra*). Diese sind als verpflanzter Strauch (3-4 Triebe, 60-100cm) einzusetzen.

Maßnahme 006_ÖK: Einzahlung in das Ökokonto der Stadt Wiesbaden (s. Maßnahmenblatt 006_ÖK)

Bei der für dieses Vorhaben in Anspruch genommenen Ökokontofläche handelt es sich um die Ökokontomaßnahme ÖK-67-006 „Felsengruppe Nerotal“ aus dem Ökokonto der Landeshauptstadt Wiesbaden – Grünflächenamt- Forstabteilung. Die 3.200 m² große Fläche hat die

Verbesserung von Landschaftsbild und Artenschutz durch das Zielbiotop 10.150 B Steinriegel in freier Landschaft zum Ziel. Auszugleichen ist laut Ausgleichsberechnung das Wertpunktedefizit von 59840 Wertpunkten. Dies entspricht einem Ersatzgeld von 52.060,80€ (berechnet unter Berücksichtigung des regionalen Bodenwertanteils der Landeshauptstadt Wiesbaden).

6. FAZIT

Die Modernisierung des Bahnhofs Wiesbaden-Igstadt führt zu Beeinträchtigungen des Schutzgutes Fläche, Tiere und Pflanzen. Zu den bauzeitlichen Beeinträchtigungen gehören Vegetationsverluste mit einhergehenden Habitatverlusten, sowie bauzeitliche Flächeninanspruchnahme von rd. 2.000 m² unbefestigten Flächen und der Eingriff in den Lebensraum von Reptilien.

Anlagebedingte Beeinträchtigungen sind durch die Versiegelungen von rd. 2.800 m² im Bereich der neuen Rampen und Treppenanlagen, sowie der Erweiterung von Gleis 2, als auch der Bike&Ride Station gegeben.

Nach der Wiederherstellung der bauzeitlich beanspruchten Flächen und der Ausgleichspflanzung/ -ansaat, verbleibt durch den Wertpunkteverlust im Bereich des Biotopes 02.200 (B) und durch die dauerhaften Versiegelungen ein **Kompensationsdefizit von 59.840 Wertpunkten** (vgl. Ausgleichsberechnung). Dieses wird durch Einzahlung auf das Ökokonto der Landeshauptstadt Wiesbaden ausgeglichen.

7. LITERATURVERZEICHNIS

- DB NETZ AG (2019): DB-Regelwerk 882 – Bautechnik, Leit-, Signal- u. Telekommunikations-technik. Landschaftspflege. Handbuch Landschaftsplanung und Vegetationskontrolle. Freiburg, unveröffentlicht.
- EISENBAHN-BUNDESAMT – FACHSTELLE UMWELT (2010): Umwelt-Leitfaden zur eisenbahnrechtlichen Planfeststellung und Plangenehmigung sowie für Magnetschwebbahnen. Stand Juli 2010. Teil III – Überblick über die umwelt- und naturschutzrechtlichen Instrumente in der eisenbahnrechtlichen Planfeststellung.
- HLNUG (2017): Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation und © GeoBasis-DE/BKG 2017. BodenViewer Hessen. Abgerufen am 12.11.2019. <http://bodenvviewer.hessen.de/mapapps/resources/apps/bodenvviewer/index.html?lang=de>.
- HLNUG (2017): Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie, Fachinformationssystem Grundwasser- und Trinkwasserschutz Hessen (GruSchu). Abgerufen am 12.11.2019, <http://gruschu.hessen.de/mapapps/resources/apps/gruschu/index.html?lang=de>.
- HMUKLV (2017): Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Hessisches Naturschutz-Informationssystem (NATUREG). Abgerufen am 12.11.2019. <http://natureg.hessen.de/Main.html?role=default>.
- ILF CONSULTING ENGINEERS AUSTRIA GMBH (2019a): 3. Erläuterungsbericht: Bf Wiesbaden-Igstadt, Modernisierung der Verkehrsstation. 25.10.19 – Im Auftrag: DB Station&Service AG.
- ILF CONSULTING ENGINEERS AUSTRIA GMBH (2020): Lageplan Variante 1c – Im Auftrag: DB Station&Service AG.
- IMPRINT: Klimadaten. Abgerufen am 12.11.2019. <https://de.climate-data.org/location/714763/>.
- P.B.M. (2019a): Fachbeitrag zum Artenschutz: Bf Wiesbaden-Igstadt. Modernisierung der Verkehrsstation.
- P.B.M. (2019b): Brutvögel – Reptilien – Pflanzenarten der Roten Liste – Habitatbäume: Bf Wiesbaden-Igstadt. Modernisierung der Verkehrsstation.

Hannover, 01.10.2020

Erstellt durch:

i.A. M.Sc. Lisa Breitenstein

8. MAßNAHMENKARTEI

(5 B L Ä T T E R)

Maßnahmenblatt

Vermeidung / Minderung / Schutz, Maßnahme Nr.: 001_VA

Bezeichnung der Maßnahme: Einhaltung gesetzlicher Rodungs- und Rückschnittzeiten

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlage Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: 1 Jahr/e vor Projekt-Baubeginn (Anfang Oktober bis Ende Februar)

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Gebüschbrüter

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Schonzeit

Spezielle Habitatelelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Um die eventuell in den Gehölzen und Freiflächen brütenden Vögel und eventuell nicht flügge Nestlinge durch die notwendige Vegetationsbeseitigung nicht zu beeinträchtigen, sind die Rückschnitt- und Rodungsarbeiten außerhalb der Zeit von 1. März bis 30. September (§ 39 BNatSchG) innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Rodungszeiten durchzuführen.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Monat/e

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B3	Verlust von Vegetation	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	vermeidet/vermindert	001_VA, 003_V, 005_A, 006_ÖK

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B3: Unterlage Nr.:

Datum Einreichung Planungsunterlagen: Keine Angabe

Maßnahmenblatt

Vermeidung / Minderung / Schutz, Maßnahme Nr.: 002_V

Bezeichnung der Maßnahme: Bauzeitlicher Bodenschutz

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlage Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: 1 Woche/n vor Projekt-Baubeginn

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielbiotop: unbefestigte Flächen im Bereich 02.200 und 11.212

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: BE-Flächen: Schottern über Geotextil; Baustraße: Baggermatten

Schlüsselnummer Zielbiotoptyp (je Bundesland): 02.200 und 11.212

Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Es werden unbefestigte Flächen in den Bahnrandbereichen vorübergehend beansprucht. Hierfür wird der Oberboden abgeschoben. Der abgeschobene Oberboden ist zu bergen, seitlich getrennt in Trapezmieten zu lagern (max. 2 m hoch und 6 m Sohlbreite) und nach Ende der Baumaßnahme wieder einzubauen. Die Bereiche der BE-Flächen sind nach Abschieben des Oberbodens über Geotextil zu schottern. Die Befahrung der Baustraße erfolgt über Baggermatten. Alle betroffenen Flächen sind nach Beendigung der Arbeiten zu rekultivieren, dies beinhaltet einen rückstandslosen Rückbau und soweit erforderlich Tiefenlockerung. Zum Schutz der heimischen Vegetation, sowie der vorhandenen Bodenstrukturen, darf kein Fremdmaterial eingebracht werden. Die Verordnungen der DIN 18.300 ζ Erdarbeiten ζ und der DIN 19.731 ζ Verwendung von Bodenmaterial ζ sind zu beachten.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Tag/e

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
Bo1	Bauzeitliche Beeinträchtigung von Böden und natürlichen Bodenfunktionen	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	vermeidet/vermindert	002_V

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): Bo1: **Unterlage Nr.:**

Datum Einreichung Planungsunterlagen: Keine Angabe

Maßnahmenblatt

Vermeidung / Minderung / Schutz, Maßnahme Nr.: 003_V

Bezeichnung der Maßnahme: Schutz angrenzender Vegetation

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlage Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: 1 Woche/n vor Projekt-Baubeginn

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielbiotop: 02.200 Gebüsch, 11.212 Gärten in der Landschaft

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Biotopschutzzaun entlang der Baustraße und der BE-Flächen in Richtung vorhandener Vegetation

Schlüsselnummer Zielbiotoptyp (je Bundesland): 02.200, 11.212

Spezielle Habitatelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Um das Befahren und eine damit einhergehende potentielle Beschädigung der angrenzenden Flächen zu verhindern, werden die BE-Flächen und die Baustraße durch einen Biotopschutzzaun eingefasst. Dieser ist auf einer Länge von rd. 560 m (und einem Abstand von 2,50 m zum Gehölz) entlang der beanspruchten Flächen zu errichten. Die DIN 18.920 „Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen“ und die RAS-LP 4 „Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen“ sind zu beachten.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Woche/n

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B4	Erhöhtes Verletzungsrisiko angrenzender Gehölze	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	vermeidet/vermindert	003_V
B3	Verlust von Vegetation	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	vermeidet/vermindert	001_VA, 003_V, 005_A, 006_ÖK

Projekt: G.011550064; **PFA:**

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B3: **Unterlage Nr.:** /B4: **Unterlage Nr.:**

Datum Einreichung Planungsunterlagen: Keine Angabe

Maßnahmenblatt

Vermeidung / Minderung / Schutz, Maßnahme Nr.: 004_VA

Bezeichnung der Maßnahme: Umweltfachliche Bauüberwachung

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 0

Temporäre Maßnahme: ja

Keine Flächen vorhanden

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlage Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: zeitgleich mit Projekt-Baubeginn

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielarten: Reptilien

Schutzvorrichtungen/-vorkehrungen: Abfangen

Spezielle Habitatelelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Während der Vorbereitung und Durchführung des Bauprozesses ist eine umweltfachliche Bauüberwachung (UBÜ) vorgesehen. Die Aufgaben der UBÜ sind insbesondere die Überwachung der Einhaltung aller Bestimmungen der Genehmigungsunterlagen, der allgemein anerkannten Regeln der Technik, der Einhaltung der Umweltgesetzgebung sowie der baulichen Übereinstimmung mit den Ausführungsplänen und dem Leistungsverzeichnis des Bau-Auftragnehmers. Seitens der UBÜ sind regelmäßige Kontrollen des Baufelds, zur Sicherstellung der Einhaltung des Eingriffsbereiches durchzuführen und zu dokumentieren. Aus artenschutzrechtlicher Sicht ist seitens der UBÜ sicherzustellen, dass während der Bauzeit keine Reptilien zu Schaden kommen und diese baubegleitend abgesammelt und in die nördlich gelegene Streuobstwiese gesetzt werden. Die Baustellenarbeiter werden vor Baubeginn und während der Bauzeit von der umweltfachlichen Bauüberwachung in die speziellen artenschutzrechtlichen und umwelttechnischen Vorgaben eingewiesen.

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 105 Tag/e

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: ja

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B5	Eingriff in einen Reptilienlebensraum	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	vermeidet/vermindert	004_VA

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B5: Unterlage Nr.:

Datum Einreichung Planungsunterlagen: Keine Angabe

Maßnahmenblatt

Ausgleich, Maßnahme Nr.: 005_A

Bezeichnung der Maßnahme: Wiederherstellung beanspruchter Vegetation

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 1.420

Temporäre Maßnahme: nein

Fläche Nr.: Vegetationsverlust

Flurstück Nr.	Flur	Gemarkung	Gemeinde	Kreis	GrEVZ-Nr.	Inanspruchnahme	Gepl. rechtl. Sicherung	Inanspruchnahme Fläche in qm
00542/00004-00	020	Igstadt	Wiesbaden, Landeshauptstadt	Wiesbaden, Landeshauptstadt	unbekannt	Vorübergehend	Vorübergehende Inanspruchnahme	1.000
00279/00003-00	020	Igstadt	Wiesbaden, Landeshauptstadt	Wiesbaden, Landeshauptstadt	unbekannt	Vorübergehend	Vorübergehende Inanspruchnahme	420

Ausgangszustand: 11.212

Schlüsselnummer Ausgangsbiotop (je Bundesland): 11.212

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlage Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: 1 Monat/e nach Projekt-Bauende (Herbst oder Frühjahrspflanzung /-ansaat)

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielbiotop: Ansaat Rasen und Neuanlage Gebüsche

Schlüsselnummer Zielbiotoptyp (je Bundesland): 02.600, 06.360

Spezielle Habitatelelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Im Zuge der Baumaßnahme kommt es zur Beseitigung von rd. 4.900 m² Vegetation. Im Bereich des Biotoptyps 11.212 können rd. 1070 m² (BE-Fläche Ost 1000 m² und Anfang der Baustraße 70 m²) durch eine Ansaat wiederhergestellt werden. Der Zielbiotoptyp ist hier 06.360. Die Bereiche die nicht durch die Ansaat wiederhergestellt werden können, unterliegen der anlagebedingten Versiegelung.

Für die restlichen rd. 350 m² im Bereich der östlichen Baustraße ist das Zielbiotop 02.400 vorgesehen. Hier empfehlen sich Haselnuss (*Corylus avellana*), Liguster (*Ligustrum vulgare*) und Holunder (*Sambucus racemosa*, *Sambucus nigra*). Diese sind als verpflanzter Strauch (3-4 Triebe, 60-100cm) einzusetzen.

1 Jahr Fertigstellungspflege

2 Jahre Entwicklungspflege

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 2 Jahr/e und 1 Woche/n

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: 1 Jahr/e

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: nein

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B3	Verlust von Vegetation	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	gleichet aus	001_VA, 003_V, 005_A, 006_ÖK

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B3: **Unterlage Nr.:**

Datum Einreichung Planungsunterlagen: Keine Angabe

Maßnahmenblatt

Ökokonto, Maßnahme Nr.: 006_ÖK

Bezeichnung der Maßnahme: Einzahlung in das Ökokonto der Landeshauptstadt Wiesbaden

Gesamtgröße der Maßnahme in qm: 3.200

Temporäre Maßnahme: nein

Fläche Nr.: Ökokontofläche

Flurstück Nr.	Flur	Gemarkung	Gemeinde	Kreis	GrEVZ-Nr.	Inanspruchnahme	Gepl. rechtl. Sicherung	Inanspruchnahme Fläche in qm
00009/00000-00	001	Wiesbaden	Wiesbaden, Landeshauptstadt	Wiesbaden, Landeshauptstadt	unbekannt	Vorübergehend	Vorübergehende Inanspruchnahme	3.200

Ausgangszustand: Anthropogene Felsaufschlüsse

Schlüsselnummer Ausgangsbiotop (je Bundesland): 10.114

Lageplan der naturschutzfachlichen Maßnahme (LBP, FFH-VS): Unterlage Nr.:

Zeitpunkt der Durchführung: zeitgleich mit Projekt-Bauende

Entwicklungsziel der Maßnahme

Zielbiotoptyp Ökokonto: Steinriegel in freier Landschaft

Ökokonto Fläche in qm: 3.200

Schlüsselnummer Zielbiotoptyp (je Bundesland): 10.150 B

Behörde bei der Ökopunkte verzeichnet sind: Umweltamt Stadt Wiesbaden

Spezielle Habitatelelemente/Strukturmerkmale:

Beschreibung der Tätigkeiten zur

Herstellung und Entwicklung: Verbesserung Landschaftsbild und Artenschutz

Risikomanagement: nein

Dauer Herstellung und Entwicklung bis zur Erreichung des Zielzustandes (s. Anhang III-18): 1 Jahr/e

Unterhaltung:

Fachliche Maßgabe für Unterhaltungszeitraum nach § 15 Abs. 4 BNatSchG (s. Anhang III-18): nicht erforderlich

Berichtspflichten nach § 17 Abs. 7 BNatSchG

Berichtsintervall bis zum Erreichen des Zielzustandes: Keine Angabe

Berichtsintervall Unterhaltungspflege: Keine Angabe

Maßnahme unter Berücksichtigung Klimawandel nachhaltig: nein

Konfliktbewältigung

Nr.	Beschreibung	Naturraum	Beurteilung	i. Verbindung m. Maßnahme
B2	Dauerhafte Flächenversiegelung	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	gleich aus bzw. ersetzt	006_ÖK

Projekt: G.011550064; PFA:

B3	Verlust von Vegetation	D53 Oberrheinisches Tiefland und Rhein-Main-Tiefland	gleich aus bzw. ersetzt	001_VA, 003_V, 005_A, 006_ÖK
----	------------------------	--	-------------------------	---------------------------------

Bestands- und Konfliktplan (LBP, FFH-VS): B2: **Unterlage Nr.:** /B3: **Unterlage Nr.:**

Datum Einreichung Planungsunterlagen: Keine Angabe